



Kanton Zürich
Direktion der Justiz und des Innern



Medienmitteilung

15. März 2017

Kommunikationsabteilung des Regierungsrates
kommunikation@sk.zh.ch
www.zh.ch

Kanton Zürich leistet Beitrag zur Prävention von jihadistischer Radikalisierung

Eine Zürcher Delegation machte sich im Juli 2016 ein Bild vom Präventionsmodell gegen religiös begründete Radikalisierung der belgischen Stadt Vilvoorde. Ihre Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen stellt die Delegation jetzt dem Bund zur Verfügung. Sie schlägt dem Sicherheitsverbund Schweiz vor, die Empfehlungen zu prüfen und allenfalls in den nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus einzuarbeiten.

Auf Einladung des belgischen Botschafters in der Schweiz besuchte letzten Sommer eine Zürcher Delegation unter der Leitung von Regierungsrätin Jacqueline Fehr das belgische Vilvoorde. Die Stadt gilt aufgrund ihres ganzheitlichen Präventionsmodells zur Bekämpfung von jihadistisch motivierter Radikalisierung international als Good-Practice-Beispiel. Die Delegation setzte sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertreter der Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich, der Bildungsdirektion des Kantons Zürich, der Fachstelle für Gewaltprävention der Stadt Zürich, der Fachstelle Brückenbauer der Stadtpolizei Zürich, der Prävention und Suchthilfe der Stadt Winterthur und der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.

Die Erkenntnisse dieser Reise hat die kantonale Fachstelle für Integrationsfragen in Zusammenarbeit mit den Delegationsmitgliedern in einem Bericht zusammengefasst, um die aktuelle Praxis des Kantons Zürich anhand des «Präventionsmodells Vilvoorde» kritisch zu beleuchten. Die Delegation stellt den Bericht und die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen nun dem Sicherheitsverbund Schweiz zur Verfügung. Dieser ist aktuell dabei, einen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus auszuarbeiten. Der gestern vom Bundesrat veröffentlichte dritte TETRA-Bericht betont die Bedeutung von Präventionsarbeit als effizientestes Instrument zur Verhinderung von gewalttätigem Extremismus. Lokale und kantonale Behörden ohne Sicherheitsaufgaben stehen dabei im Fokus.

Die wesentlichen Erkenntnisse der Delegation lassen sich für die Präventionsarbeit in vier Bereiche unterteilen:

- Stärkung und Ausweitung bereits existierender Präventionsstrukturen, zum Beispiel die Stärkung städtischer Gewalt- und Extremismus-Präventionsstellen, deren Ausweitung und Verankerung auf kantonale Ebene
- Förderung der Vernetzung und Kooperation aller involvierten Akteurinnen und Akteure im sozialen und Bildungsbereich
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit Akteurinnen und Akteuren der muslimischen Bevölkerung
- Implementierung einer Politik der offenen Türen in der Verwaltung durch Förderung der Vielfalt und Schutz vor Diskriminierung.



Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass im Kanton Zürich eine solide Basis bezüglich Radikalisierungsprävention existiert, auf welcher aufgebaut werden soll.

Wie das Beispiel Vilvoorde zeigt, kann Präventionsarbeit – umfassend und vor allem früh angesetzt – sehr wirkungsvoll sein. Der Kanton Zürich nimmt diese Aufgabe ernst und leistet mit der bisher erfolgten Vernetzungsarbeit und dem nun vorliegenden Bericht einen wertvollen Beitrag dazu.

Der Bericht ist in der Internetversion dieser Medienmitteilung unter <http://www.news.zh.ch> verfügbar.

Auskunftspersonen für Medien

heute Mittwoch, 15. März 2017, ab 11 Uhr

- Nina Gilgen, Leiterin Fachstelle für Integrationsfragen, Telefon 043 259 25 29
- Daniele Lenzo, Leiter Fachstelle für Gewaltprävention, Schul- und Sportdepartement der Stadt Zürich, Telefon 044 413 87 20
- Françoise Vogel, Leiterin Prävention und Suchthilfe, Stadt Winterthur, Telefon 052 267 59 06
- Dr. Miryam Eser Davolio, ZHAW, Departement Soziale Arbeit, Telefon 058 934 88 76 (erreichbar von 16 bis 18 Uhr)